

Nachrichten

Johannes Paul II. betont die Achtung der Menschenrechte als Grundlage und Geheimnis des Friedens

Nicht zuletzt mit Bezug auf den im vergangenen Jahr begangenen 50. Jahrestag der Deklaration der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nahm *Johannes Paul II.* seine diesjährige Botschaft zum Weltfriedenstag am 1. Januar noch einmal zum Anlaß, um den inneren Zusammenhang zwischen der Achtung der Menschenrechte und der Überwindung von Krieg und dem Frieden darzustellen: Wo die Förderung der Personenwürde und das Gemeinwohl die bestimmenden Leitprinzipien seien, würden feste und dauerhafte Grundlagen zum Aufbau des Friedens gelegt; dagegen trage die Mißachtung oder Vernachlässigung der Menschenrechte immer schon den Keim politischer Instabilität und der Gewalt in sich. Ausdrücklich unterstreicht *Johannes Paul II.* den notwendigen Schutz der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, auch für die ganzheitliche Entwicklung des einzelnen Menschen wie von Völkern und Nationen. Die Bekräftigung dieser Universalität und Unteilbarkeit schließe jedoch berechnete Unterschiede kultureller und politischer Ordnungen bei der Verwirklichung der einzelnen Rechte nicht aus. Erneut betont *Johannes Paul II.* auch in der Weltfriedensbotschaft die Religionsfreiheit als „Kern der Menschenrechte“.

Der Sekretär der Österreichischen Bischofskonferenz ist zurückgetreten

Aufgrund der Auseinandersetzungen um den Fünf-Jahres-Bericht der Österreichischen Bischöfe (vgl. HK, Dezember 1998, 608 ff.) hat der Sekretär der Österreichischen Bischofskonferenz, *Michael Wilhelm*, sein Amt Mitte Dezember niedergelegt. Nach der Sondersitzung der Bischöfe am 9. Dezember 98

klärte er, die „Ereignisse der letzten Wochen“ und persönliche Diskreditierungen der Arbeit des Sekretariates hätten eine Situation verursacht, die ihm eine konstruktive Arbeit verunmöglichten. Sein Rücktritt wurde allgemein bedauert. Auch der St. Pöltner Bischof *Kurt Krenn*, der den vom Sekretariat zusammengestellten Bericht nicht mittragen wollte, hatte für den Verbleib *Wilhelms* plädiert. Neugewählter Sekretär der Bischofskonferenz ist der burgenländische Kroat *Āgidius Zsifkovic*s, der sich zu Beginn seiner Tätigkeit Anfang Januar für einen „offenen Dialog“ in der Kirche Österreichs ausgesprochen hat, bei dem keine Frage „unter den Teppich gekehrt“ werden solle. Viele Bischöfe betonten zum Jahreswechsel, daß 1999 für die Kirche Österreichs zum „Jahr der Besinnung“ werden müsse. Die Bischöfe selbst trafen sich Anfang Januar zu einer weiteren Sondersitzung, auf der nach Angaben von Kardinal *Christoph Schönborn*, dem Vorsitzenden der Österreichischen Bischofskonferenz, „Sachthemen“ im Vordergrund gestanden hätten. Mit Blick auf die Streitigkeiten der vergangenen Monate sagte *Schönborn*: „Wir betrachten einhellig die Angelegenheit als abgeschlossen.“ Ferner kündigte er an, daß der „Dialog für Österreich“ auf verschiedenen Ebenen fortgeführt werde. In der Sondersitzung der Bischöfe Anfang Dezember seien sechs Projektgruppen gebildet worden, die jeweils von einem Bischof geleitet werden und ihre Arbeit zum Teil schon aufgenommen hätten. Deren Themenstellungen lauten: „Geistliche Berufe“, „Neue Wege der Verkündigung“, „Erwachsenenkatechumenat“, „Kirche und Gesellschaft“, „Sicherung des arbeitsfreien Sonntags“, „Nichteheliche Partnerschaften“.

Die Kirchen in Basel erkunden ihre Akzeptanz in der Bevölkerung

Der erhebliche Mitgliederverlust der Evangelisch-reformierten und der Römisch-katholischen Kirche des Kantons Basel-Stadt zwingt die beiden öffent-

lich-rechtlich anerkannten Kirchen zu einer Konzentration ihrer Kräfte auf die Kernaufgaben und zu einem wirkungsorientierten Einsatz der verfügbaren Mittel. Um die Wirkungen ihrer Tätigkeiten besser beurteilen zu können, gaben die beiden Kirchen deshalb eine Studie in Auftrag; sie sollte insbesondere erheben, wie die Kirchen mit ihren Anliegen in der Bevölkerung des Stadtkantons wahrgenommen werden. Mit der Durchführung dieser „Ökumenischen Basler Studie“ wurde eine interdisziplinäre Projektgruppe aus Theologen und Marktforschern beauftragt; die wissenschaftliche Begleitung nahm der Lehrstuhl für Marketing und Unternehmensführung am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel wahr. Unter einer Marketingperspektive wurden so namentlich die Qualitätswahrnehmungen der Bevölkerung, ihre Zufriedenheit sowie ihr Austrittsverhalten und ihre Verhaltensabsichten den Kirchen gegenüber untersucht. Ein religionssoziologischer bzw. religionspsychologischer Teil der Studie erhob zudem mit ausgewählten Fragestellungen das religiöse Lebensgefühl der Befragten. Im Sommer 1998 befragte ein Marktforschungsinstitut telefonisch eine repräsentative Stichprobe der Wohnbevölkerung. Um die Leistungserwartungen, die Qualitätswahrnehmungen und die Einschätzungen der persönlichen Wichtigkeit kirchlicher Leistungen erfragen zu können, wurden im Rahmen einer Faktorenanalyse die Leistungen bzw. Erwartungen zu liturgisch-katechetischen, diakonisch-sozialen und kulturellen gruppiert. Vor Weihnachten 1998 wurden erste Ergebnisse dieser Basler Studie vorgestellt. Dabei wurden vor allem Spannungsfelder aufgezeigt: Einerseits hat die Bevölkerung hohe Erwartungen an die Kirchen, andererseits sind ihr die Leistungen der Kirchen nur durchschnittlich wichtig. Einerseits werden die kulturellen Erwartungen der Bevölkerung weitgehend erfüllt, die liturgisch-katechetischen jedoch weniger und die diakonisch-sozialen noch weniger; andererseits sollen vermehrt diakonisch-soziale

sowie kulturelle Leistungen erbracht werden, liturgisch-katechetische eher weniger, aber ohne die Absicht, künftig mehr Angebote der Kirchen zu beanspruchen. Bemerkenswert ist die differenzierte Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit der Bevölkerung: Mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kirche ist sie deutlich zufriedener als mit der Kirche als Institution.

Schreiben der englischen Bischöfe zu den Menschenrechten

Anlässlich der Feiern zum 50. Jahrestag der Menschenrechtserklärung der Ver-

einten Nationen haben die Bischöfe von England und Wales ein Schreiben verfaßt (dokumentiert in: *The Tablet*, 12. 12.98). Darin räumen die Bischöfe in einem geschichtlichen Abriß selbstkritisch ein, daß die Kirche – zum Teil aufgrund ihrer Verquickung mit dem Kolonialismus, aber auch wegen des Antiklerikalismus der Befürworter – nicht immer auf der Seite derer stand, die die Proklamierung und Einhaltung der Menschenrechte gefordert haben. Gleichwohl seien die Menschenrechte sowohl mit Überlegungen aus dem Naturrecht als auch aufgrund der biblischen Überlieferung zu begründen. Nicht zuletzt der Papst weise darauf hin,

daß der Einsatz für die Menschenrechte in das Zentrum der Sendung der Kirche gehören würden. Die Bischöfe begrüßen auch die Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofs. Obwohl wir jetzt in der „Ära der Menschenrechte“ leben, sei deren Beachtung in vielen Ländern immer noch nicht gewährleistet. Mit Blick auf die Zukunft warnen die Bischöfe zum einen davor, die konkreten Rechte immer differenzierter auszuformulieren, weil es dann schwieriger werde, die Hierarchie der Rechte zu bestimmen. Zum anderen weisen sie darauf hin, daß die garantierten Rechte immer auch Pflichten für den Menschen mit sich brächten.

Zeitschriften

Christoph Theobald: Le projet apologetique de Maurice Blondel hier et aujourd'hui. In: Recherches de Science religieuse Jg. 86 Heft 4 (1998) S. 559–573.

Vor 50 Jahren starb der französische Philosoph Maurice Blondel. Obwohl sein Bekanntheitsgrad eher gering ist, gehört er zu den Wegbereitern der gegenwärtigen katholischen Theologie. In seinem Beitrag faßt der Pariser Theologe Christoph Theobald die wichtigsten Impulse Blondels zusammen und legt eine Relecture dessen fundamentaltheologischen Ansatzes im Kontext der derzeitigen geistigen Landschaft vor: Blondels Leistung habe darin bestanden, innerhalb seiner „Immanenzapologetik“ die theologische Grundlagenreflexion auf die Beschäftigung mit dem Glaubensakt sowie seiner philosophischen Rechtfertigung zu verpflichten und zugleich dessen geschichtlichen Kontext zu bedenken. Der letzte Aspekt ist der Ausgangspunkt der Neuinterpretation Blondels. Theobald plädiert angesichts des heutigen weltanschaulichen Pluralismus, der jedes zu enge

Wahrheitsverständnis in Frage stellt, für ein kommunikationstheoretisch ausgerichtetes Projekt einer Rechenschaft über den Glauben. Die menschlich nicht erreichbare universale Kommunikationsgemeinschaft erfordert es nach Theobald allerdings, daß deren Antizipation nur „messianisch“ denkbar ist.

Jürgen Rüländ: Religiöse Erneuerung in Südostasien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 48/98 (November 1998) S. 34–46.

Auch Südostasien sei in den siebziger Jahren in den Sog der religiösen Erneuerungswelle geraten, die mit den Rekonstruktionsversuchen traditionaler Kulturen angesichts des Scheiterns westlicher Modernisierungsmodelle und weitreichender Orientierungskrisen über die ganze Welt schwappte. Vor dem Hintergrund der großen ethnischen, religiösen und linguistischen Heterogenität der Gesellschaften dieser Region prüft der Freiburger Politologe, inwieweit mit dieser religiösen Erneuerungswelle Gefahren für die politische Stabilität der Staaten verbunden sind, ob die säkulare Staatsidee zurückgedrängt werde oder diejenigen Bestätigung finden, die in den asiatischen Religionen ein Demokratie-

hindernis par excellence sehen. In seinen sorgfältig die einzelnen Länder unterscheidenden Ausführungen und ausgehend von einer Skizze des Verhältnisses von Politik und Religion im postkolonialen Südostasien kommt Rüländ zu dem vorsichtigen Fazit: Alle drei Fragen ließen sich mit unterschiedlicher Gewißheit verneinen. Gravierende Einbrüche der Religion in das Prinzip des Nationalstaates seien vor allem nicht für die buddhistischen Staaten von Festlandsüdostasien und die mehrheitlich katholischen Philippinen zu befürchten. Unter gewissen Vorbehalten treffe der Befund auch auf die mehrheitlich muslimischen Staaten zu. Die Gefahr nehme jedoch zu, wenn es den Regierungen nicht gelänge, der sozialen Folgen der derzeitigen Währungs- und Finanzkrise Herr zu werden. Daß religiöse Erneuerungsbewegungen per se kein Demokratieschritt seien, zeigt Rüländ beispielsweise an den erheblichen Demokratiefortschritten Thailands und der Philippinen in den vergangenen Jahren. Für die Beurteilung mehrheitlich muslimischer Staaten müsse bei aller Vorsicht stets berücksichtigt werden, daß sich der südostasiatische Islam grundlegend von nah- und mittelöstlichen Varianten unterscheide.